

# Roter Chorgesang

Von Urs Paul Engeler — Wieder ertönen im Land Rufe gegen das Ständemehr. Die grössere Gefahr für den bewährten Schweizer Föderalismus kommt jedoch von aussen.

Ungefähr alle zehn Jahre tritt der Fall ein, dass bei Verfassungsänderungen die Stimmen der Kantone die Volksmehrheit stoppen. Reflexartig singt dann der Chor der schlechten Verlierer den Refrain von der Abschaffung des Ständemehrs, auch jetzt, nachdem nur zehn Kantone den umstrittenen Familienartikel akzeptiert haben. Das Lied ist zwar bekannt und langweilig, aber keineswegs ungefährlich. Der Druck auf die tradierte föderale Struktur der Eidgenossenschaft wird intensiver, von innen, doch vor allem von aussen.

Zunächst ist zu registrieren, dass die heftigsten Attacken gegen das Ständemehr von SP-Leuten (zu nennen sind der Waadtländer Roger Nordmann, der Halbzürcher Andreas Gross und der Aargauer Cédric Wermuth) geritten werden, welche die Schweiz in die Europäische Union zwingen wollen. Und dies just mit dem Argument, dass innerhalb der EU kleine Staaten die gleichen Stimmrechte hätten wie die Grossmächte, dass in Europa also das Ständemehr, das im Innern zerstört werden soll, garantiert sei. Diese Doppelzüngigkeit hat, wie zu belegen ist, System.

Rasch wird nämlich deutlich, dass alle vorgeschobenen Vorschläge, wie das Ständemehr modifiziert werden könnte, nichts taugen. So kann man die Idee, die Stimmkraft der Kantone nach ihrer Bevölkerung zu gewichten, so verstehen, dass die vier Kantone mit über 500 000 Einwohnern drei Stimmen, die mittleren (zwischen 100 000 und 500 000 Einwohner) zwei und die kleinen eine Stimme erhalten. Auf den Familienartikel bezogen, lautete das Resultat dann mit den gewichteten Stimmen 25 zu 23 – abermals gegen die Vorlage! Die oberflächliche Betrachtung, wonach die Kleinen die Grossen ausbremsen, trifft die Sache nicht. Bern und Aargau, zwei der vier grossen Stände, haben den Artikel abgelehnt.

Genauer ist der Befund, dass die rot-grünen Städte mehrheitlich anders gestimmt haben als die solideren Landbewohner. Darum drängen die Linken immer heftiger darauf, den Grossagglomerationen zusätzliche Sitze im Ständerat und auch Standesstimmen bei Verfassungsabstimmungen zuzuschancen. Dies wäre erstens der endgültige Bruch mit der Geschichte des Landes, würde zudem ein heilloses Gerangel unter den Städten auslösen, da auch mittelgrosse in die kleine Kammer drängten, und führte, zu Ende gedacht, faktisch zu einer Dominanz des Kantons Zürich.

Wenn auch Einfälle wie die Einführung eines Zweidrittelquorums oder die Gewichtung der Stimmkraft nach Finanzaufkommen eingeworfen werden, sind diese Manöver lediglich Scheingefechte. Denn zur Abschaffung des Ständemehrs ist das Ständemehr erforderlich. An diesem Hindernis kommt niemand vorbei. Also wird der eigentliche Angriff auf die Souveränität der Kantone auch nicht offen und von innen geführt, sondern indirekt, von aussen. Man braucht keine verschrobene Fantasie, um sich die Besorgnis eines Uno-Rats vorzustellen, der im Ständemehr den Verstoß gegen das menschenrechtliche Prinzip «One man, one vote» moniert und rasche Änderung beantragt.

Bereits Realität ist die schleichende Aushöhlung des Föderalismus und der Bedeutung der Kantone durch die Übernahme der Weisungen der OECD und der Forderungen der EU. Beide internationalen Gremien versuchen derzeit, die Autonomie der Kantone bei der Definition der Steuern zu Fall zu bringen. Die Linke und die Bundeszentrale helfen gerne mit. Ist die Steuer-Souveränität gebrochen, fehlt die Basis zur selbständigen Politik, fällt die Legitimation, sind die Kantone keine «Stände» mehr, sondern nur Verwaltungsdistrikte. Und die haben kein Mitspracherecht.



Menschenrechtliches Prinzip «One man, one vote».

# Nostradamus



Gianroberto Casaleggio, Wahlstrategie

Sie begegneten sich erstmals, als der Kabarettist Beppe Grillo, der Auftrittsverbot auf allen TV-Kanälen hatte, auf der Bühne mit dem Hammer einen Computer als Teufelszeug zerschlug. Der Informatiker Gianroberto Casaleggio entwarf damals Marketingprogramme im Internet nach dem Vorbild von Weltkonzernen wie Pepsi. Grillo, gelernter Buchhalter und Kleinkunstgrossoverdiener mit rund 4 Millionen Euro Jahresgagen, ein enttäuschter Linker, Casaleggio glaubte noch an die aufrührerische Lega.

Das war 2004 und der Anfang einer symbiotischen Verbindung. Casaleggio (59), der unsichtbare Teil, so öffentlichkeitsscheu, dass er sich selbst Facebook und Twitter verweigert, ist Beppe Grillos (64) Mastermind, Spindocteur, Stratege. Er sieht aus wie der Barde Angelo Branduardi mit ergrauter Lockenpracht und Harry-Potter-Brille. Er verliess die Uni, als er mit 21 Vater wurde, später leitete er Internetfirmen u. a. von Olivetti und Telecom. Er hat ein Faible für Dschingis Khan, für die Camelot-Sage, Parsifal, Dante, für den Science-Fiction-Autor Isaac Asimov, Marshall McLuhan («Das Medium ist die Botschaft») und vergleicht Grillo mit Jesus: «Seine Message wird sich wie ein Virus verbreiten.» Privat bebaut der Wurzelsucher seinen eigenen Wald im Piemont.

Einst sprach die Macht von der Kanzel, dann lag sie auf der Strasse, wurde übers Radio manipuliert, übers Fernsehen gewonnen. Berlusconi schuf die Telekratie als Milliarden-geschäft. Casaleggio erfand die neue Formel: Der Revolutionär und Wanderprediger Grillo füllt Strassen und Plätze, das Internet multipliziert die Wirkung über eine einzige Website, die das kleine familiäre Politbüro Casaleggio Associati (Jahresumsatz 1 Million Euro) quasi als Nadelöhr organisiert und kontrolliert. Grillos und Casaleggios «Movimento 5 Stelle» eroberte aus dem Stand 25 Prozent Wähleranteil in der verschwindenden Politlandschaft. Das Durchschnittsalter der neuen Abgeordneten beträgt 32 Jahre, und manche werden also den Weltuntergang noch erleben, den Casaleggio per Video für das Jahr 2050 voraussagt, denn er hält sich auch für Nostradamus. Peter Hartmann

# Der Preis der Freiheit

Von *Christine Bauer-Jelinek* — Heute wollen Frauen alles: Karriere und Familie. Das geht nicht auf.



*Schnäppchenmentalität*: Wie lösen wir das Problem, dass Frauen die Kinder bekommen?

Teile des Feminismus und der Gender-Szene haben in den letzten Jahren ihren Druck auf die Gleichstellung von Frauen und Männern massiv erhöht. Dabei werfen die Proponenten oft – aus Nachlässigkeit oder mit voller Absicht – einige Begriffe durcheinander: Gleichberechtigung, Gleichstellung und Gerechtigkeit werden in einem Atemzug genannt. Ins Stocken gerät die Diskussion aber, wenn der ideologische Wunsch nach Gleichheit mit der Realität der biologischen Unterschiede zwischen Frau und Mann kollidiert. Dann bekommen die Theorien Risse, und die Fragen werden sehr praktisch: Wie lösen wir das Problem, dass Frauen immer noch die Kinder bekommen (wollen und auch sollen) und dennoch die Hälfte aller Führungspositionen besetzen (sollen und auch wollen)?

Die Gleichberechtigung ist in der westlichen Gesellschaft Realität: Frauen stehen in allen Belangen dieselben Rechte zu wie den Männern. Doch dieses Recht wahrzunehmen, bedeutet zugleich, auch die andere Seite der Medaille kennenzulernen. Vollerwerbstätige Frauen und besonders jene in Top-Positionen werden ebenso Probleme haben, sich persönlich und ausgiebig der Familie zu widmen, wie Männer sie immer schon hatten: Sie konnten das Überleben oder den Wohlstand ihrer Familien nur sichern, indem sie auf die aktive Teilhabe am Familienleben verzichteten.

Ebenso erging es auch in früheren Zeiten jenen wenigen Frauen, die Machtpositionen innehatten. Da war es gesellschaftlich vorgesehen und akzeptiert, dass sie die Kinder gleich nach der Geburt in fremde Obhut gaben, um sich ihren Repräsentationsaufgaben oder Funktionen widmen zu können. Kaiserinnen mussten nicht biologisch kochen und nicht stillen; dafür Personal einzusetzen, war selbstverständlich. In der bürgerlichen Familie war die ergänzende Arbeitsteilung – Männer im Beruf, Frauen zu Hause – das gängige Modell. Da verzichtete jeder auf die andere Hälfte der Welt. Im Industrieproletariat mussten ohnedies Frauen und Kinder arbeiten, damit sie überleben konnten. Die Wahlfreiheit war äußerst eingeschränkt.

## Von Politik und Medien beeinflusst

Heute lassen wir uns leicht von einer «Schnäppchenmentalität» verführen: Ich will alles, und das sofort, lautet die Botschaft. Viele Frauen denken – durchaus von Politik und Medien dahingehend beeinflusst –, sie könnten alles zugleich haben und müssten keinen Preis dafür bezahlen. Die Realität holt uns jedoch früher oder später ein: Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gleichen Teilen, zur gleichen Zeit und für jeden Menschen ist eine Illusion und eine politische Fiktion. Das Prinzip der «Gleichstellung» im Sinne statis-

tischer Ausgewogenheit – fünfzig Prozent Frauen in Führungspositionen und fünfzig Prozent Väter in Kinderkarenz – wird mit keinen Quoten oder Gesetzen zu erreichen sein, denn die Menschen werden sich die eben erst gewonnene Freiheit so leicht nicht wieder nehmen lassen. Auf etwas ein Recht zu haben, bedeutet ja noch nicht, es auch wahrnehmen zu müssen. Sonst wäre doch auch das Scheidungsrecht erst dann umgesetzt, wenn alle Paare geschieden sind. Diesen Gedanken findet wahrscheinlich jeder absurd, bei der Gleichberechtigung bestehen jedoch viele auf der Umsetzung – und sei es mit Zwang.

## In Teilzeit ist kein Konzern zu lenken

Was wären denn nun hilfreiche nächste Gedanken? Als Erstes die Akzeptanz, dass man für jede Form der Machtverteilung auch einen Preis zu zahlen hat – als Gesellschaft und als Individuum. Abgesehen von der Gleichheitsideologie spielt auch noch die Tatsache eine Rolle, dass viele Familien heute auf die volle Erwerbsarbeit beider Elternteile angewiesen sind, weil sie sonst den sozialen Abstieg nicht verhindern könnten. Für Frauen bis zum mittleren Management können Mutterchutz- und Karenzregelungen sowie der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen hilfreich sein. Vielleicht utopisch, aber doch interessant wären auch ernsthafte Diskussionen über Mindestlöhne, Arbeitszeitverkürzung und ein Grundeinkommen.

Frauen in Machtpositionen haben jedoch andere Probleme. Für sie wird das Leben leichter, wenn sie beispielsweise akzeptierten, dass sie sich an die Regeln des Systems halten müssen, das diese Macht verliehen hat. Und in einer wettbewerbsorientierten Gesellschaft mit ihren hart umkämpften Märkten muss eine Führungsperson besonders in Krisen eben für alle sichtbar bleiben. Heute können Spitzenpositionen in Wirtschaft und Politik nicht mit längeren Abwesenheiten vereinbart werden – aus welchen Gründen auch immer diese notwendig wären, ob Babypause oder Herzinfarkt. Auch in Teilzeit kann man keinen Konzern und keinen Staat lenken. Wie immer man sich aber entscheidet, es geht nicht ohne Verzicht.

Zum Glück haben wir aber heute die Wahl: Kinder oder Karriere, Karriere nach den Kindern, Vätern und Verwandten das Feld überlassen, frühe Fremdbetreuung durch Erzieherinnen oder Institutionen. Möglichkeiten gibt es genug, nur muss die Entscheidung jeder Mensch vor sich selbst verantworten – und es wird immer etwas geben, was dann auf der Strecke bleibt. Es würde von Selbstverantwortung zeugen, könnte man diese Tatsache mit leichtem Herzen akzeptieren.

*Christine Bauer-Jelinek* ist Wirtschaftscoach, Psychotherapeutin und Sachbuchautorin. Sie lebt in Wien.